

Gambia. Die politische Lage.



Gambia ist seit dem 18. Februar 1965 von Großbritannien unabhängig und seit 1970 eine präsidentiale Republik. Durch einen militärischen, aber weitgehend unblutigen Staatsstreich im Jahr 1994 kam der heutige Staatspräsident Yahya Jammeh an die Macht. 1996 wurden bereits wieder Wahlen abgehalten, aus der Jammeh als klarer Sieger hervorging. Seine Wiederwahl 2001, 2006 und zuletzt 2011 wurden jedoch nicht von allen unabhängigen Wahlbeobachtern als frei und gerecht beurteilt. Gambia unter Präsident Jammeh ist ein weitestgehend friedliches und sicheres Land.

In den vergangenen Jahren kam es zwei Mal zu versuchten Staatsstreich (Coup d'Etat), die jedoch vereitelt wurden.

Im Jahr 2013 verließ Gambia die Commonwealth Gemeinschaft, nachdem Großbritannien die Menschenrechtsslage im Land kritisiert hatte. Offizielle Gründe wurden nicht genannt. Die internationalen Beziehungen gelten seitdem als angespannt, auch weil im gleichen Jahr in mehreren Fällen die Todesstrafe durch ein Erschießungskommando vollstreckt wurde.

Gambia hat eine niedrige Kriminalitätsrate und gilt auch für Alleinreisende als sicheres Land. In regelmäßigen Abständen gibt es auf den Straßen Polizei- und Militärkontrollen.

Das Rechtssystem ist - ähnlich wie das Schulsystem - dem britischen sehr ähnlich, wobei insbesondere auf den Dörfern im Landesinneren eigene Systeme bestehen. Der Rat der Ältesten im Dorf hat viel Macht und Entscheidungsgewalt. Bringt ein Dorfvorsteher („Alkalo“) ein Anliegen bei den Behörden vor, wird dem viel Bedeutung zugemessen. Alkalo und Imam (Oberhaupt der islamischen Dorfgemeinschaft) können auch Dokumente beglaubigen, wie zum Beispiel Geburts- und Heiratsurkunden.



Projekthilfe Gambia e.V.

Korruption ist ein großes Problem in Gambia, gegen das der Präsident zwar mit harter Hand vorgehen will, was sich aber schwierig gestaltet. Viele hohe Ämter in Ministerien (Minister, Staatssekretäre) oder im gehobenen Dienst sind von hoher personeller Fluktuation geprägt.

Das Land ist von internationaler Entwicklungshilfe abhängig, da die eigene Landwirtschaft nicht (mehr) ausreichend Grundnahrungsmittel produzieren kann.

Neben der Landflucht der Jugendlichen liegen die Hauptgründe in Dürreperioden und in der Desertifikation, der Ausbreitung von Wüsten als Folge des Klimawandels. Das Welternährungsprogramm unterstützt beispielsweise die staatlichen Schulen in Gambia bei der Schulspeisung.

Ein weiteres Problem sind EU-Subventionen. Europäische Produkte wie Eier oder Hühnchen sind in Gambia günstiger als einheimische Produkte. Außerdem haben es internationale Fischereiabkommen ermöglicht, dass Fangflotten aus Europa, Japan etc. den Atlantik vor der Küste Gambias überfischt und so den einheimischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen haben.